

Satzung über die Einbeziehung der Grundstücke Fl. Nr. 421/1 und 421/2, Gemarkung Moorenweis, in den im Zusammenhang bebauten Ort Moorenweis (Erweiterung Ortsabrundungssatzung „Moorenweis Süd-West“)

Die Gemeinde Moorenweis erlässt aufgrund des § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 und 3 des Baugesetzbuches (BauGB) in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses gültigen Fassung folgende Satzung:

I. Räumlicher Geltungsbereich

Die im Lageplan dargestellten Grundstücke Flurnummer 421/1 und 421/2, jeweils Gemarkung Moorenweis, werden in den im Zusammenhang bebauten Ort Moorenweis (§ 34 Abs. 1 BauGB) einbezogen. Die genaue Abgrenzung ergibt sich aus dem beigefügten Lageplan (Planzeichnung). Der Lageplan ist Bestandteil der Satzung.

II. Zulässigkeit von Bauvorhaben

Die Zulässigkeit von Bauvorhaben innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches der Erweiterung der Ortsabrundungssatzung (Einbeziehungssatzung) richtet sich nach § 34 BauGB.

III. Festsetzungen durch Planzeichen

1. Grünflächen, Ausgleichsflächen

Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (naturschutzrechtliche Ausgleichsflächen)

2. Sonstige Festsetzungen

Bemaßung
 Ergänzung des im Zusammenhang bebauten Ortes Moorenweis (Geltungsbereich der Erweiterung der Ortsabrundungssatzung „Moorenweis Süd-West“)

IV. Hinweise durch Planzeichen

Flurstücksgrenze
 421/1 Flurstücksnummer
 bestehendes Haupt- bzw. Nebengebäude
 Geltungsbereich der Festlegung des im Zusammenhang bebauten Ortes Moorenweis (Geltungsbereich der bestehenden Ortsabrundungssatzung „Moorenweis Süd-West“)

V. Festsetzungen durch Text

1. Grünordnung, Natur- und Artenschutz

Durchsichtslinien
 Auf den privaten Grundstücken ist je 300 m² Grundstückfläche mindestens ein standortgerechter, heimischer Laubbaum II. Wuchsklasse bzw. Obstbaum gemäß Artenliste zu pflanzen.

Ausgleichsmaßnahmen
 Für die mit der geplanten baulichen Entwicklung der Fläche verbundenen Eingriffe in Natur und Landschaft ist eine Kompensationsfläche von insgesamt 93 m² nötig, die innerhalb des Geltungsbereiches der Erweiterung der Ortsabrundungssatzung (Einbeziehungssatzung) umgesetzt wird. Als Kompensation werden entsprechend der Darstellung in der Planzeichnung Ausgleichsflächen mit einer Gesamtfläche von insgesamt 128 m² entlang der westlichen und südlichen Grenze des Grundstücks Flur Nr. 421/2 bzw. innerhalb des Grundstücks Flur Nr. 421/1, jeweils Gemarkung Moorenweis, durch folgende Maßnahmen naturschutzfachlich aufgewertet:

Entwicklung einer Gehölzpflanzung mit standortheimischen Laubbäumen II. Wuchsklasse bzw. Obstbäumen und Sträuchern gemäß nachfolgender Artenliste in der festgesetzten Pflanzenzahlqualität. Dabei sind mindestens 80 % der festgesetzten Ausgleichsfläche mit Bäumen (1 Stk./20 m²) und Sträuchern (1 Stk./m²) zu bepflanzen. Die Sträucher sind hierbei jeweils in mehreren Gruppen von mindestens 3 Sträuchern zu pflanzen. Alle Nutzungen der Ausgleichsfläche sind zu unterlassen, die den Naturhaushalt schädigen, das Landschaftsbild verunstalten und der Funktion als Ausgleichs- und Ersatzfläche oder den Lebensraumsprüchen der hier zu fördernden Tier- und Pflanzenarten zuwiderlaufen können. Dies umfasst u. a. auch den Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln, eine Errichtung baulicher Anlagen, eine Zäunung, eine Flächenversiegelung, ein ästhetischer Formschnitt von Gehölzen, eine Lagerung von Materialien, das Abstellen von Maschinen und Geräten. Die Grünflächen sind extensiv zu pflegen (max. 2-3 Schritte pro Jahr nach dem 01.06.) und das Schnittrüß ist abzutransportieren.

Mittelkronige Bäume, Wuchsklasse II

Feld-Ahorn	Acer campestre
Hainbuche	Carpinus betulus
Vogel-Kirsche	Prunus avium
Mehlbirne	Sorbus aria
Vogelbeere	Sorbus aucuparia
Obstgehölze als Hochstamm oder Halbstamm	

Sträucher

Kornelkirsche	Cornus mas
Hartrieel	Cornus sanguinea
Hassel	Corylus avellana
Weißdorn	Crataegus monogyna
Liguster	Ligustrum vulgare
Heckenkirsche	Lonicera xylosteum
Schlehe	Prunus spinosa
Kreuzdorn	Rhamnus cathartica
Alpen-Johannisbeere	Ribes alpinum
Hunds-Rose	Rosa canina

Wein-Rose	Rosa rubiginosa
Purpur-Weide	Salix purpurea
Korb-Weide	Salix viminalis
Wolliger Schneeball	Viburnum lantana
Gemeiner Schneeball	Viburnum opulus

Mindestpflanzqualitäten zum Zeitpunkt der Pflanzung
Mittelkronige Bäume
 Hochstämmle oder Stammbüsche, 3 - 4-mal verpflanzt, Stammumfang (STU) 12 - 14 cm;
Sträucher:
 2-mal verpflanzt, Höhe mind. 80 - 100 cm.

Es ist ausschließlich durch die Erzeugergemeinschaft für Autochthone Baumschulerzeugnisse (EAB) als autochthon (gebietsheimisch) zertifizierte Pflanzware des Vorkommensgebietes 6.1 „Alpenvorland“ - ausgenommen Obstläume - zu verwenden.

Die Pflanzmaßnahmen und naturschutzfachliche Ausgleichsmaßnahmen auf den privaten Grundstücken und spätestens eine Pflanzperiode nach Nutzungsaufnahme eines Gebäudes auf dem jeweiligen Grundstück umzusetzen. Im Rahmen des nachfolgenden Baugenehmigungsverfahrens sollte ein Plan zur Gestaltung und Ausformung der naturschutzfachlichen Ausgleichsfläche vorgelegt werden.

2. Inkrafttreten

Satzung über die Einbeziehung der Grundstücke Fl. Nr. 421/1 und 421/2, Gemarkung Moorenweis, in den im Zusammenhang bebauten Ort Moorenweis (Erweiterung Ortsabrundungssatzung „Moorenweis Süd-West“) tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses in Kraft.

VI. Textliche Hinweise

1. Landwirtschaftliche Emissionen und Bewirtschaftung

Die Erwerber, Besitzer und Bauher der Grundstücke im Satzungsgebiet haben die landwirtschaftlichen Emissionen (Lärm-, Geruch- und Staubwirkungen) der angrenzenden landwirtschaftlich ordnungsgemäß genutzten Flächen und Betriebe unentgeltlich zu dämpfen und hinzunehmen. Besonders wird darauf hingewiesen, dass mit zeitweiser Lärmbelastung während der Erntezeit der Bewirtschaftung der Flächen oder weiterer landwirtschaftlichem Fahrverkehr auch vor 6 Uhr morgens und nach 22 Uhr zu rechnen ist. Die klimatischen Entwicklungen zeigen, dass die Bewirtschaftungs-, Ernte- und Rüstarbeiten nicht mehr den bisherigen Gegebenheiten unterliegen, weshalb auch hier mit nicht mehr im Vorfeld planbaren zeitlichen Verschiebungen zu rechnen ist. Zudem dürfen durch die Baumaßnahme mit umgrenzender Bepflanzung keine Nachteile für den Eigentümer bzw. Bewirtschafter des angrenzenden Feldstückes entstehen. Ergeben sich durch die Bepflanzung und der Eingrünung mit Bäumen (Schattenwurf) Ertragsverluste – so sind diese auszugleichen. Die Bepflanzung entlang der Grenze muss ordnungsgemäß gepflegt ggf. zurückgeschnitten werden, um eine ordentliche Bewirtschaftung der angrenzenden landwirtschaftlich genutzten Flächen zu ermöglichen. Bei der Anpflanzung von Sträuchern und insbesondere Bäumen ist auf ausreichend Abstand zu achten, um eine Beeinträchtigung des Nachbargrundstückes zu vermeiden.

2. Denkmalschutz

Bodendenkmäler, die bei der Verwirklichung des Vorhabens zu Tage treten, unterliegen der Meldepflicht nach Art. 8 Denkmalschutzgesetz (DSchG). Alle Beobachtungen und Funde (auffällige Bodenverfärbungen, Holzreste, Mauern, Metallgegenstände, Steingeräte, Scherben aus Keramik oder Glas und Knochen) müssen unverzüglich, d. h. ohne schuldhaftes Zögern, der Unteren Denkmalschutzbehörde oder dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege mitgeteilt werden.

3. Altlasten

Bei Erdarbeiten ist generell darauf zu achten, ob evtl. künstliche Auffüllungen, Abblagerungen o. Ä. angetroffen werden. In diesem Fall ist umgehend das Landratsamt Fürstenfeldbruck einzuschalten, das alle weiteren erforderlichen Schritte in die Wege leitet.

4. Bauwasserhaltung, Grund- und wild abfließendes Oberflächenwasser

Sofort durch zu Tage tretendes Grund- und Schichtenwasser Bauwasserhaltungen erforderlich werden sollen, ist hierfür eine wasserrechtliche Erlaubnis des Landratsamtes Fürstenfeldbruck erforderlich. Infolge der vorhandenen Topographie kann es bei Starkniederschlägen durch wild abfließendes Wasser zu Beeinträchtigungen kommen. Die Entwässerungseinrichtungen sind so auszulagen, dass wild abfließendes Wasser schadlos abgeführt werden kann. Zum Schutz der einzelnen Gebäude vor wild abfließendem Wasser sind ggf. Objektschutzmaßnahmen vorzusehen, wobei das anfallende Wasser dadurch nicht auf andere Grundstücke abgeleitet werden darf. Öffnungen in Gebäuden sind so zu gestalten, dass wild abfließendes Wasser nicht eindringen kann. Die Erkundung des Baugrundes einsch. der Grundwasserhältnisse obliegt grundsätzlich dem jeweiligen Bauherm, der sein Bauwerk bei Bedarf gegen auftretendes Grund- oder Hang- und Schichtenwasser sichern muss. Durch bauliche Maßnahmen, wie eine wasserdichte und auftriebssichere Bauweise des Kellers oder eine angepasste Nutzung, können Schäden vermieden werden. Grundstücksentwässerungsanlagen sind wasserdicht und auftriebssicher zu errichten.

5. Nachweis erforderlicher Stellplätze

Es gilt die „Satzung über die Herstellung und Gestaltung der Stellplätze für Kraftfahrzeuge und Abstellplätze für Fahrräder“ (Stellplatzsatzung – SPS) der Gemeinde Moorenweis in der jeweils gültigen Fassung.

6. Abwasser- und Niederschlagswasserbeseitigung

Es gilt die „Satzung für die öffentliche Entwässerungseinrichtung“ (Entwässerungssatzung -EWS-) sowie die „Satzung über den Bau und Betrieb von Niederschlagswassersammelanlagen“ (Zisternensatzung) der Gemeinde Moorenweis in der jeweils gültigen Fassung.

Niederschlagswasser, welches nicht auf dem Grundstück, auf dem es anfällt, versickert oder als Brauchwasser genutzt werden kann, ist nach den Maßgaben der kommunalen Entwässerungssatzung in einen öffentlichen Misch- oder Regenwasserkanal einzuleiten.

7. Zugänglichkeit der in der Satzung genannten Normblätter

Die der Planung zu Grunde liegenden speziellen Vorschriften und Regelwerke (insbesondere Erlasse, DIN-Vorschriften und Merkblätter) sind beim Deutschen Patentamt archivarisch gesichert hinterlegt. Sie sind bei der Beuth-Verlag GmbH, Burggrafenstraße 6 in 10787 Berlin zu beziehen. Die der Planung zu Grunde liegenden genommene speziellen kommunalen Vorschriften und Regelwerke können in der Gemeindeverwaltung Moorenweis, bei der auch die Erweiterung der Ortsabrundungssatzung „Moorenweis Süd-West“ (Einbeziehungssatzung) zur Einsicht bereit liegt, nach telefonischer Voranmeldung kostenlos eingesehen werden.

VERFAHRENSVERMERKE

- a. Der Gemeinderat der Gemeinde Moorenweis hat in der Sitzung vom 13.12.2022 die Aufstellung der Erweiterung der Ortsabrundungssatzung „Moorenweis Süd-West“ Der Aufstellungsbeschluss wurde ortsüblich bekannt gemacht.
- b. Zu dem Entwurf der Erweiterung der Ortsabrundungssatzung in der Fassung vom 13.12.2022 wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §4 Abs.2 BauGB mit Schreiben vom 15.02.2023 bis zum 23.04.2023 beteiligt, und über die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB unterrichtet.
- c. Der Entwurf der Erweiterung der Ortsabrundungssatzung in der Fassung vom 13.12.2022 wurde mit der Begründung gemäß §3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 20.03.2023 bis zum 26.04.2023 öffentlich ausgestellt.
- d. Die Gemeinde Moorenweis hat mit Beschluss des Gemeinderats vom 23.05.2023 die Erweiterung der Ortsabrundungssatzung gemäß §34 Abs.4 und BauGB sowie §10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom 23.05.2023 als Satzung beschlossen.

Moorenweis, den

.....
 Josef Schäffler
 Erster Bürgermeister

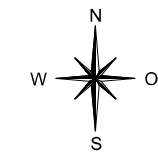
Moorenweis, den

.....
 Josef Schäffler
 Erster Bürgermeister

Moorenweis, den

.....
 Josef Schäffler
 Erster Bürgermeister

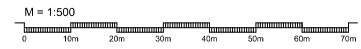
ÜBERSICHTSLAGEPLAN ohne Maßstab



Gemeinde
Moorenweis
 Landkreis Fürstenfeldbruck



Satzung über die Einbeziehung der Grundstücke Fl. Nr. 421/1 und 421/2, Gemarkung Moorenweis, in den im Zusammenhang bebauten Ort Moorenweis (Erweiterung Ortsabrundungssatzung "Moorenweis Süd-West")



KISSING, den 13.12.2022
 geändert am 23.05.2023

Planzeichnung (Teil A)

Ausgefertigt:
 Moorenweis, den



.....
 Josef Schäffler
 Erster Bürgermeister